IV. Jahrg. / Nr. 69 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Sonnabend, den 5. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW 68 Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 11.25 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 8gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsvortanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Gefährliche Hampelmänner

Die „Freiheit" vom 4. 2. gegen die „Freiheit" vom 21. 1.

„Die deutsche Arbeiterschaft muß sich dieses als letzte Warnung dienen lassen. Es gibt keinen anderen Ausweg mehr als die rücksichtslose Bekämpfung dieser Schädlinge der deutschen Arbeiterschaft." („Freiheit"-Morgenausgabe vom 4. Febr.)

Der Streich der Paeplow und Konsorten gegen drei Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, die seit Jahrzehnten mit bestem Erfolg für die Interessen der Bauarbeiter eintraten, hat unter den Bauarbeitern ohne Unterschied der Partei helle Empörung entfacht. Wir unterstreichen, ohne Unterschied der Partei! Einstimmig oder nahezu einstimmig haben die Bauarbeiter in unzähligen Versammlungen in allen Teilen des Reiches erklärt, hier machen wir nicht mehr mit. Heckert, Brandler und Bachmann dürfen nicht ausgeschlossen werden. Dem Paeplow wurden in Hunderten von Versammlungen Mißtrauensvoten ausgestellt. Der über alles Erwarten starke Besuch der Halleschen Konferenz (die Konferenz konnte organisatorisch so gut wie gar nicht vorbereitet werden und stellte an die Opferwilligkeit ihrer Teilnehmer hohe Anforderungen), der vorbildliche Verlauf dieser Tagung zeugt dafür, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen den Ausschluß der Kommunisten, gegen die Diktaturgelüste Paeplows ist und um die Einheit der Organisation bis zum äußersten kämpfen will.

Die Wirkung des Paeplowschen Ukas gegen die drei Genossen war in der Arbeiterschaft derart, daß sich die „Freiheit" beeilte, in einem Artikel weit von Paeplow abzurücken. Sie nannte den gegen Bachmann, Brandler und Heckert geschleuderten Bannfluch „einen Fehler". Sie erwähnte, daß als Grund des Ausschlusses die Einberufung der Halleschen Konferenz angegeben sei und bemerkte dazu:

„Uns erscheint die Zusammenberufung solcher Konferenzen nicht als genügender Grund für einen solchen Ausschluß, und wir möchten an Paeplow, der den Brief des Verbandsvorstandes mit unterzeichnet hat, die Frage richten, was er dazu sagen würde, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband ein ähnliches Verfahren gegen seine rechtssozialistischen Mitglieder, also gegen die Parteigenossen Paeplows einleiten würde. Es ist bekannt, daß sie ganz ungeniert „korrespondieren", um diesen Ausdruck zu gebrauchen."

Zu der Ankündigung Paeplows, daß er selbst vor „einer Auflösung und Neugründung des Chemnitzer Vereins nicht zurückschrecke", bemerkte die „Freiheit":

„Das sind Drohungen im Feldwebelton, die man nicht ausspricht, wenn man nicht in den Verdacht geraten will, daß man selbst nicht vor der Zerstörung der Organisationseinheit zurückschreckt. Dieses Beispiel zeigt, daß äußerste Mäßigung der Verbandsleitungen die Voraussetzung ist für ein fruchtbares Wirken ihrer warnenden Beschlüsse. Und zu dieser äußersten Mäßigung möchten wir dringend raten."

So die „Freiheit" vom 21. Januar (Nr. 33).

Daß in der Besetzung der „Freiheit"-Redaktion inzwischen eine Aenderung eingetreten ist, haben wir nicht vernommen. Dennoch bringt es die „Freiheit" fertig, eine Stellungnahme zu unserem Bericht über die Hallenser Konferenz mit den von uns an die Spitze gestellten Worten abzuschließen, die sich aber jetzt nicht auf die Paeplow und Konsorten, sondern auf unsere Genossen Bachmann, Heckert und Brandler beziehen. Es ist also Robert Dißmann gelungen, mit Hilfe des Herrn Hilferding eine totale Schwenkung der Gewerkschaftsredaktion der „Freiheit" durchzusetzen.

Um diesen tollen Fastnachtsstreich ihren Lesern einigermaßen plausibel zu machen, notzüchtigt die „Freiheit" die einfachste Logik. Daß wegen der Abhaltung der Konferenz in Halle der Ausschluß sich nicht rechtfertigen läßt, hat die „Freiheit" am 23. Januar selbst festgestellt. Wer nach dem Verlauf der Konferenz behauptet, die Tagung sei für die Interessen des Bauarbeiterverbandes schädlich, bei dem ist entweder eine Schraube locker oder er ist ein ganz gewissenloser Demagoge. Die „Freiheit"-Redaktion ziert ein solches Exemplar.

Zu der Stelle unseres Berichts, die besagt, daß es gelte, das für die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung erforderliche Viertel der Zweigvereine des D.B.V. zu gewinnen und daß alle erfaßbaren Zweigvereine Anträge auf Aufhebung der Ausschlüsse aus politischen Gründen stellen sollen, sagt die „Freiheit":

„Das ist die Organisation in der Organisation — und gegen die Gesamtorganisation. Das ist der Anfang der Zertrümmerung der deutschen Bauarbeiterverbände. Und es ist offenbarer Hohn, wenn es im letzten Absatz der „Roten Fahne" heißt: „Der Angriff der Zertrümmerer des Bauarbeiterverbandes, der Paeplow und Genossen, wird zurückgeschlagen werden."

Ganz besonders erbost stellt sich die „Freiheit" über die Anwesenheit eines Vertreters der Roten Gewerkschaftsinternationale auf der Konferenz in Halle. Geradezu entsetzt ist sie aber darüber — sie tut wenigstens so —, daß die Vertreter von vielen Zehntausenden revolutionären Bauarbeitern es wagten, einen Delegierten für den Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau zu wählen: Dazu sagt die „Freiheit":

„Mit diesem Beschluß ist der Anschluß eines Teiles der deutschen organisierten Bauarbeiter, die Mitglieder der deutschen Bauarbeiter-Gewerkschaften sind, an die Moskauer Gewerkschafts-Internationale vollzogen. Die unmittelbare Folge davon muß — sei es über kurz oder lang —, die Loslösung dieser Teile der deutschen Bauarbeiter von ihren Organisationen sein. Bei dem scharfen Gegensatz zwischen Moskau und Amsterdam, den der Moskauer Agent in Halle wieder betont hat, ist ein Zusammenarbeiten zwischen Gruppen, von denen die eine zu Amsterdam und die andere zu Moskau hält, in einer Organisation ein Ding der Unmöglichkeit."

Der diese Sätze schrieb, weiß, daß er die „Freiheit"-Leser anlügt. Er muß zur schamlosen Lüge Zuflucht nehmen, um die vor Dißmann erzwungene Schwenkung zu vertuschen.

Wir erklären und wir sind uns bewußt, damit die einmütige Auffassung der Gesamtpartei zum Ausdruck zu bringen: **die oppositionellen Bauarbeiter oder irgendwelche andere revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder, die sich im Mai auf dem Roten Gewerkschaftskongreß in Moskau vertreten lassen, denken nicht daran, sich von ihren Organisationen loszulösen.** Selbst dann, wenn wir in einer Gewerkschaft die Mehrheit hinter uns haben, werden wir nicht aus dem A.D.G.B. austreten.

Die Zugehörigkeit zur Roten Gewerkschaftsinternationale hängt nicht von einer Formalität, sondern davon ab, daß in der Praxis nach den Grundsätzen der Roten Gewerkschaftsinternationale gehandelt wird. Indem wir den arbeitsgemeinschaftlichen Geist der Amsterdamer Internationale bekämpfen, indem wir für eine gegen die Bourgeoisie gerichtete proletarische Einheitsfront kämpfen, sind wir mit der Roten Gewerkschaftsinternationale verbunden, sind wir es, die für eine Einheit des Proletariats kämpfen, die nicht auf dem Papier, sondern im gemeinsamen solidarischen Handeln besteht.

Mögen sich jene tausendfachen Verräter an der Sache des Proletariats, die heute an der Spitze der Amsterdamer Internationale stehen, erdreisten, im Namen von 27 Millionen Arbeitern zu sprechen. Die 27 Millionen Arbeiter sind nicht gefragt worden, als jene Herrschaften die Amsterdamer Filiale des kapitalistischen Völkerbundes schufen. Wir wissen, daß klassenbewußte Proletariat steht heute schon, auch wenn es teilweise aus Unkenntnis des wahren Sachverhalts die Rote Gewerkschaftsinternationale noch ablehnt, in der Praxis auf ihrem Boden. In ihr werden sich die Arbeiter der ganzen Welt zusammenfinden. Es ist das Werk von Paeplow, Dißmann, Kotzur, Scheffel und derer, die ihnen Handlangerdienste leisten, wenn der Weg des deutschen Proletariats zur Roten Gewerkschaftsinternationale über die Trümmer der deutschen Gewerkschaften führen sollte. Wir werden nach wie vor tun, was uns möglich ist, um diese Absichten der Paeplow und Konsorten zu vereiteln. Wir, die wir die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie erstreben, wir sind gewillt, innerhalb der Gewerkschaften mit demokratischen Mitteln und auf demokratischer Grundlage um die Eroberung der Gewerkschaften zu kämpfen.

Die Arbeiterschaft des ganzen Reiches fordern wir auf, die skandalöse Haltung der „Freiheit", wo immer sich Gelegenheit bietet, gebührend festzunageln. Namentlich in Wahlversammlungen, wo die unabhängigen Hampelmänner in der Maske des Revolutionärs aufzutreten

Voller Sieg der Mansfelder Arbeiter

Halle a. S., 5. Februar.
(Originalbericht der „Roten Fahne".)

Heute, Sonnabend früh, ist die Arbeit im Mansfelder Land überall wieder aufgenommen worden, nachdem die Direktion die Forderung der Arbeiterschaft auf Entfernung der Werkpolizei bewilligt hat. Ebenso erklärte sie sich bereit zur Bezahlung der entstandenen Feierschichten. Die Zusage wurde erreicht, nachdem gestern erneut in Versammlungen gegen die Werkpolizei protestiert worden war. Durch das geschlossene Vorgehen der Mansfelder Arbeiterschaft ist ein voller Erfolg erreicht.

Die „Mansfelder Gewerkschaft", [illegible] das reaktionärste industrielle Großunternehmen Deutschlands, hat vor ihrer Arbeiterschaft kapitulieren müssen. Wieder einmal ein Erfolg des mitteldeutschen Proletariats, der beweist, was die Arbeiterschaft erreichen kann, wenn sie einig und kampfentschlossen ist. Die Mansfelder Arbeiter, deren guter revolutionärer Ruf seit den Kapptagen, wo sie vor Halle heldenhaft kämpften, durch ganz Deutschland gedrungen ist, haben ihre politische Einheit in allen Parteikämpfen aufrechterhalten. Sie bilden den Eckpfeiler der revolutionären Einheit des hallischen Bezirks. Ihr neuer Erfolg zeigt, daß sie nach wie vor auf dem Posten sind.

Moskau, 3. Februar
(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

„Im Mittelpunkt des künftigen Kom. Parteitages der russischen kommunistischen Partei wird zweifellos die Frage der Rollen und Aufgaben der Gewerkschaften stehen. In der Presse, in den Parteien und Gewerkschaftsversammlungen bildet diese Frage das Hauptthema der Diskussion. Das Petrograder Komitee der russischen kommunistischen Partei behandelt diese Frage in einem Brief an alle Parteigenossen. Zuerst werden die zwei wichtigsten Standpunkte in dieser Frage charakterisiert. Der eine wird von Genossen Trotzki und seiner Gruppe vertreten. Ihre Stellung fand ihren Ausdruck in den Thesen und in einer Broschüre Trotzkis. Der andere Standpunkt ist von der Kommunistischen Fraktion des Allrussischen Gewerkschaftsrates vertreten und fand ihren Ausdruck in den Reden der Genossen Lenin und Sinowjew (30. Dezember 1920.) und in den Thesen des Mitgliedes des Präsidiums des Allrussischen Gewerkschaftsrates Genossen Ruzutek.

Genosse Trotzki und seine Anhänger behaupten, ihre Stellungnahme sei dadurch charakterisiert, daß sie eine größere Beteiligung der Gewerkschaften an der Produktion und ein schnelleres „Verwachsen" der Gewerkschaften mit unseren staatlichen Wirtschaftsorganen verlange.

Die Fraktion des Allrussischen Gewerkschaftsrates behauptet, der Unterschied liege garnicht darin. Die Notwendigkeit der Erweiterung der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion sei allen ausnahmslos klar. Die Notwendigkeit des „Verwachsens" der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsorganen wird ebenfalls von allen anerkannt.

Der tatsächliche Unterschied besteht vielmehr darin, daß Genosse Trotzki und seine Gruppe auf die Funktionen der Gewerkschaften als Schulen des Kommunismus vergessen, daß sie versuchen, die Gewerkschaften von oben bis unten „umzuschütteln" und in der Tat sich der Beseitigung der Gewerkschaften nähern. Die Stellung des Gen. Trotzki in der Gewerkschaftsfrage ist ebenfalls nach dem Aussprache des Gen. Lenin „ein bürokratisches Zupfen an den Gewerkschaften", was auf keinen Fall die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion steigern kann.

Mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Wichtigkeit dieser Frage schlägt die Petrograder Organisation der russischen Kommunistischen Partei vor, die Wahlen für den Parteitag auf Grundlage dieser zwei Plattformen vorzunehmen.

Die Moskauer Organisation der russischen Kommunistischen Partei nimmt Stellung gegen diesen Vorschlag und die Uebertreibung der Gegensätze, die in ihm liege.

Russische Diskussion über die Gewerkschaftsfrage

In der russischen Kommunistischen Partei bestehen seit einiger Zeit ernstliche Gegensätze in der Beurteilung der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Die verschiedenen Lösungsvorschläge vereinigen sich in zwei Hauptlagern, deren eines unter der Führung des allrussischen Gewerkschaftsrates im Verein mit Lenin und Sinowjew und deren anderes unter dem Haupteinflusse von Trotzki und Bucharin steht. Die Auseinandersetzungen werden in der gesamten russischen Presse eindringlich geführt. Sowohl Lenin, wie auch die Gegengruppe, haben Thesen ausgearbeitet, über die die einzelnen Parteisektionen abstimmen, da auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei, der im März stattfinden wird, im Mittelpunkte der Verhandlungen die Aussprache über dies Thema stehen wird. Die Abstimmungsergebnisse werden durch die „Rosta" bekannt gemacht und verbreitet, und in der Presse verfechten unsere Genossen nicht immer zart aber dafür um so offenherziger und gründlicher ihre Meinung, was die gesamte Antibolschewistenliga in helle Begeisterung versetzt. Diese glaubt jetzt die Zeit gekommen, deren Aufgang sie aus Helsingfors seit vier Jahren täglich angekündigt hat, nämlich das Zeitalter des „blutigen Bruderkrieges" zwischen Lenin und Trotzki. Aber die wirklichen und auch im größten Eifer rein sachlichen Unterschiede in der Gewerkschaftsfrage in Rußland sind — das muß sogar ein Hauptorgan der Antibolschewistischen Liga, nämlich die „Freiheit" zugeben — nur Abstufungen derselben Grundauffassung. Die „Freiheit" schreibt gestern: „Die Auseinandersetzungen beweisen aber, daß zwischen der Auffassung Trotzkis und der Lenins nur graduelle Unterschiede bestehen."

Wir werden in der ganzen Frage, so weit die Einsicht möglich sein wird, alle Standpunkte wiedergeben. Heute beginnen wir einleitend mit einem Privattelegramm, die Zitate der „Prawda" wiedergeben und den Sinowjewschen Standpunkt wiedergibt:

Bernard Shaw über die Diktatur des Proletariats

In einer Versammlung, die von der St. Pancras-Sektion der Independent Labour Party einberufen wurde, sprach Bernard Shaw über die proletarische Diktatur. Sie ist nach Shaw nichts anderes als „eine Regierung des Volkes im Interesse der arbeitenden Klassen". Shaw fordert die allgemeine obligatorische Arbeitspflicht. „Das Proletariat muß, wenn es die Macht ergreift, eine neue Moral und eine neue Religion einführen, in der Müßiggang und Untätigkeit nicht geduldet werden. Wenn die arbeitenden Klassen die Regierung übernehmen, muß das einzige Laster, gegen das Todesstrafe angewendet wird, das Laster des Müßiggangs sein."

pflegen, gilt es, den Massen die Taten der Gewerkschaftsbürokratie des Zentralverbandes der Angestellten in Hamburg, den Gewaltstreich Paeplows und das Treiben des Vorstandes des D.G.B. vor Augen zu führen, und ihnen an dem, was die „Freiheit" dazu selbst geschrieben hat, zu beweisen, daß die gefährlichste Sorte jene sind, die erst hallios hin- und herlaumeln, um im entscheidenden Augenblick auf die Seite der Feinde der Arbeiterklasse zu treten.

Politische Uebersicht

Kracht die Einheitsfront!

Mit dem Zeichen der größten Aufregung veröffentlichen und besprechen die nationalistischen Blätter das folgende Telegramm:

(T.U.) München, 4. Februar.

Die Münchener Zeitungen melden heute, daß bereits versucht worden sei und noch versucht werde, die bayerische Regierung von ihrem Standpunkt des unabänderlichen Nein gegenüber dem Pariser Diktat abzubringen. Die Lage sei außerordentlich ernst, weil in Berlin bereits Kräfte am Werk seien, welche die Einigkeit stören wollen. Es werde in Berlin versucht, das Diktat von Paris in seine einzelnen Teile zu zerlegen. Das Diktat sei aber als Ganzes von der bayerischen Regierung und dem bayerischen Volk abgelehnt worden. Die bayerische Regierung müsse unbedingt festbleiben.

Die „einzelnen Teile" des „Diktates", von denen da so geheimnisvoll die Rede ist, sind die Wiedergutmachungsforderungen und die Entwaffnungsbestimmungen. Die Reichsregierung will sich zunächst in der Entwaffnungsfrage offenbar damit begnügen, Zeit gewonnen zu haben, und ist der nicht gar so irrigen Meinung, daß die Entente in dieser Frage, wenn die verlängerte Frist zu Ende geht, mit sich reden lassen wird. Darum will sie nach dem Grundsatz: zuviel auf einmal ist ungesund, zunächst ihren ganzen „Widerstand" darauf konzentrieren, von den finanziellen Leistungen abzuhandeln, was sich abhandeln läßt. Daß muß sie auch schon deshalb tun, weil sich auf dieser Basis die „nationale Einheitsfront" viel leichter aufbauen läßt, als wenn sie erklärte, die Entwaffnungsbedingungen auch nicht unterschreiben zu wollen. Das paßt aber der bayerischen Orgeschregierung und auch den Deutschnationalen im Reiche nicht. Ihnen ist ja das allerwichtigste, daß sie Waffen gegen die Arbeiterschaft behalten. Die bayerische Regierung verlangt darum, daß das Diktat „im ganzen", also auch die Entwaffnungsbestimmungen, abgelehnt wird. Sie will es nicht einmal dulden, daß die Regierung ihr Einverständnis mit der Entwaffnung auch nur für spätere Zeit erklärt.

Dieses Vorgehen Bayerns und die Haltung der Nationalisten zeigen deutlich, wie die Reaktion die Situation für sich auszunützen sucht. Gegen das Machtgebot der Entente haben sie nichts als leere Redensarten von Würde, Unnachgiebigkeit usw., hinter denen sich völlige Ohnmacht verbergen soll, nach innen aber suchen sie eine nationalistische Stimmung zu erzeugen, um der Reichspolitik einen kräftigen Ruck nach rechts zu versetzen. Die nationale Einheitsfront, die nach außen hin natürlich nicht das geringste nützt, soll ihren Einfluß steigern, und ihrer geheimen bewaffneten Organisation die Unverletzlichkeit eines nationalen Heiligtums verleihen. Natürlich bemüht sich die Reichsregierung die bayerischen Hitzköpfe dazu zu bewegen, das nicht so deutlich zu zeigen und den Einheitstrummel nicht zu stören. Welchen Erfolg sie dabei haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Bemühungen zur Erweiterung der Regierung

Hinter den Kulissen werden die Bemühungen zur Schaffung einer breiteren Regierungsbasis eifrig weiter betrieben. Gestern soll eine Besprechung der Regierungsparteien stattgefunden haben, um zu dem neuerlichen Angebot der Deutschnationalen Stellung zu nehmen. Daß die Deutschnationalen dabei unermüdlich sind und sich nicht abschrecken lassen, zeigt ihre Hoffnung, eine noch reaktionärere Regierungspolitik nach bayrischem Muster durchsetzen zu können. Damit wären die andern Regierungsparteien, besonders die Deutsche Volkspartei, schon einverstanden, aber alle, vor allem die Demokraten, wollen verhüten, daß das wahre Wesen dieser neuen Regierung allzu deutlich durchschaut werde, darum bestehen sie darauf, daß nur eine Erweiterung nach rechts und nach links in Frage kommen könne, was auch den übrigen Regierungsparteien natürlich sehr erwünscht wäre. Es zeigt, wie man die Scheidemänner, die ja sogar kaiserliche Minister zu werden verstanden, einschätzt, wenn man ihnen zutraut, mit Hergt in einer Regierung zu sitzen und sicherlich wären sie unter Hinweis auf die Bedrohung unserer Existenz sogar zu dieser Form des Burgfriedens zu haben, wenn nicht — die Wahlen vor der Tür ständen. Na, vielleicht gelingt es, die Verhandlungen bis nach dem 20. Februar hinzuziehen.

Die nationalistischen Internationalisten

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (A.D.G.B.), der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa) und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale erlassen gemeinsam folgenden Aufruf an die „Arbeiter der Welt":

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Krieg geseufzt, vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschrieben, dafür büßen. Ihre Kinder und Kindeskinder sollen verkommen und verderben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben erhalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Lauf von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzwungen und an die Sieger abgeliefert werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, dessen Naturschätze man zum größten Teil genommen, und den man den Absatz der Werke seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen — es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Haß und Verbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derer, die ihr ganzes Leben für internationale Verständigung und Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Kein Wort in diesem Pamphlet, daß nicht Zeugnis ablegt von der Geistesverfassung seiner Verfasser. Plumpe Demagogie, phrasenhaftes Gewäsch und bei aller Durchsichtigkeit der Motive Unfähigkeit und Feigheit ein klares Ziel oder auch nur einen positiven Gedanken zu formulieren.

Ein Appell an die internationale Solidarität und in seinem Inhalt nichts weiter als der Versuch zur Aufpeitschung nationalistischer Instinkte, ja nicht einmal der Versuch fehlt, den Rassenhaß aufzuziehen. Hiermit könnte unsere Kritik beendet sein an dem, was im Aufruf steht, doch noch weit mehr muß hervorgehoben werden, was in ihm nicht vorhanden ist.

Wendet man sich an die Solidarität des Weltproletariats, so kann nur ein Gedanke ihn beherrschen, „der Sammelruf zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Unterdrücker gegen das internationale Kapital." Ist davon im Aufruf der deutschen Gewerkschaften ein Wort vorhanden? Mit nichten: Sollte bei Abfassung dieses Machwerkes überhaupt ein Gedanke obgewaltet haben, so könnte man nur das herauslesen, daß die französischen, belgischen und englischen Arbeiter aufgefordert werden, gegen ihre Nationalisten zu kämpfen, daß diese Mahnung kommt von einer Clique, die ihre ganze Tätigkeit darauf konzentriert, im eigenen Lande den Klassenkampf zu unterbinden, aus ihren Reihen ausschließen alle diejenigen, die sich für den Klassenkampf und die internationale Solidarität einsetzen.

Selbst die „Freiheit" mäkelt an diesem Aufruf herum. Ihr fällt die nationalistische Form desselben auf die Nerven. Was aber im Aufruf besonders charakteristisch ist und woran auch die „Freiheit" kein Wort der Kritik verliert, womit sie also Geistesgemeinschaft bezeugt, ist, daß von einer kommenden Versklavung gesprochen wird. Schon kürzlich haben wir darauf hingewiesen und nageln es noch einmal fest: Für die Sozialdemokraten beider Richtungen besteht jetzt keine Versklavung der Arbeiterschaft, für sie ist von Ausbeutung nur die Rede, wenn es sich um fremdländische Arbeiter handelt. Das ist recht nationalistisch-kapitalistische Ideologie, aus der heraus sich entwickelt die bei jedem Anlaß zutage tretende Abneigung gegen jeden Klassenkampf.

Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht wissen, oder so tun als wissen sie nicht was die Stunde gebietet, so wollen wir es ihnen und den Arbeitern erneut zeigen:

In dieser Situation ist nur eines gegeben: Eine Anlehnung der Proletarier diesseits und jenseits der Grenze an eine reale Macht und diese Macht ist Sowjetrußland, wie wiederum Sowjetrußland nur eine bleibende Macht sein kann unter dem Schutze der internationalen proletarischen Solidarität.

Das Reichsmietengesetz

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugesandt. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird in diesem Entwurf aufrecht erhalten, und ferner werden „feste Regeln" für die Festsetzung einer gesetzlichen Miete gegeben. Die Zuschläge zur Friedensmiete (Juli 1914) sollen von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde festgesetzt werden. Man kann sich vorstellen, wie auf Grund dieser Bestimmungen demnächst eine ungeheure Verteuerung aller Wohnungen eintreten wird. Den Mietern selbst gibt das Gesetz nur papierne Rechte. Sie können zur Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anrufen, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann. Diese Vorschrift ändert durchaus nichts praktisch an dem bestehenden Zustand der Mieteinigungsämter, die ja auch zumeist ihre Beschlüsse nicht im Sinne der Mieter zu fällen pflegen. Wenn ferner im Gesetz steht, daß die Vornahme großer Instandsetzungsarbeiten eine „unbillige" Steigerung der Mieten nicht zur Folge haben dürfe, so ist das eine Kautschukbestimmung. Denn die Ansichten werden sehr darüber auseinandergehen, ob die Mietsteigerung, die der Hauspascha verlangen wird, billig oder unbillig ist. Eine Ansammlung von Geldern in öffentlichen Kassen soll es dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandsetzungsarbeit erforderlichen Mittel bald zu erhalten. Völlig ungenügend sind die Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretungen, die nicht viel mehr als eine schöne schöne Dekoration sind. Sie sollen in „gewissen Fällen" neben dem Mieter und an seiner Stelle Antrags- und Aufsichtsrechte haben. Besondere Bestimmungen sind über die Kosten für Sammelheizung und Warmwasserversorgung und über die Festsetzung der Miete im Falle von Untervermietungen getroffen worden. Die Mieterverbände werden diesen Entwurf sicherlich scharf bekämpfen, da er zeigt, daß die Regierung vollkommen in alten Bahnen wandelt und durchaus nicht imstande ist, Gesetze zu schaffen, welche den Mieterschutz wirksam durchführen.

Verhaftung in der Erfurter Waffenschiebungsaffäre

(T.U.) Erfurt, 5. Februar.

In der Angelegenheit der Erfurter Waffenschiebungen wurde gestern der Erfurter Platzvertreter der Reichstreuhandgesellschaft, Arthur Schleinitz, von der Kriminalpolizei verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. — Ob er sich noch zur Zeit in Haft befindet, scheint uns zweifelhaft. Reaktionäre Waffenschieber pflegt man in Deutschland sehr glimpflich zu behandeln.

Wieder ein Bergwerksunglück

(T.U.) Herne i. Westf., 5. Februar.

Auf der Schachtanlage 1 bis 3 der Zeche „Mont Cenis" ging ein Pfeiler zu Bruch. Der Steiger Paul Stahl und vier Bergleute wurden verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden, doch ist von den Verschütteten kein Lebenszeichen zu vernehmen. Es ist anzunehmen, daß alle tödlich verwundet sind.

Ausland

Das Pariser Wiedergutmachungsabkommen in der französischen Kammer

Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte hatte Briand durch eine neue Rede das Ergebnis der neuesten interalliierten Konferenz gegen den Hauptinterpellanten Tardieu zu verteidigen, der die ursprünglichen Wiedergutmachungsbestimmungen des Versailler Vertrags für viel vorteilhafter für Frankreich findet, als die jetzt erzielte Regelung. Tardieu verlangte schließlich eine Revision des noch nicht ratifizierten Abkommens und neue Verhandlungen mit England. Er beschwor das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, damit auch die englische Regierung es wisse, daß das Gefühl des Landes keine Konzession mehr dulde. (Beifall.) Bezeichnend für die mangelnde Solidarität der Raubstaaten ist der Ausspruch Tardieus, es wäre ein Paradoxon, wenn die Engländer, die sich mit den Franzosen gegen Deutschland geschlagen hätten, gegenüber dem Versailler Vertrag den Standpunkt von Bethmann Hollweg einnähmen.

Die Ausführungen Tardieus beweisen nicht nur die imperialistische Gier des kapitalistischen Frankreich, sondern ebensosehr die Erkenntnis der Unmöglichkeit einer wirklichen Rettung vor dem Bankrott.

Auch Briand, so sehr er sein Pariser diplomatisches Werk gegen die Interpellanten verteidigte, muß diesen Bankrott unwillkürlich zugeben, indem er sagt, in zehn Jahren (!) werde sich für Frankreich die Lage bessern. Bis dahin wird im Gegenteil die unheilbare Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft den Bankrott auch des „Siegerstaats" Frankreich vollendet haben!

Bemerkenswert aus der zweiten Rede Briands ist seine Erklärung, selbst wenn er die Möglichkeit hätte, außerhalb Frankreichs die gesamte französische Forderung an Deutschland zu „mobilisieren", so würde er das nicht tun, denn die Weltmärkte könnten eine derartige Forderung unmöglich aufnehmen, und wenn sie es könnten, müßte man vielleicht 12 bis 14 Prozent Zinsen bezahlen. Es gibt eben, namentlich nach dem Rückzug Amerikas, kein Mittel zur Sanierung des europäischen finanziellen Chaos!

Im übrigen veranlaßte die Kritik Tardieus den Ministerpräsidenten nur, bezüglich der gegen Deutschland sicher notwendig werdenden Zwangsmaßnahmen einen um so schärferen Ton anzuschlagen. Je mehr sich die Undurchführbarkeit dieser ganzen imperialistischen „Wiedergutmachungspolitik" herausstellen wird, um so gewaltsamer wird die Politik der französischen Regierung werden.

Die Weiterberatung der Interpellationen wurde schließlich auf Dienstagnachmittag vertagt.

Oesterreich soll offen zur Entente-Kolonie erklärt werden

Paris, 4. Februar.

Dem Text des Berichtes Loucheurs an den Obersten Rat über die Mittel zur Wiederherstellung der Lebensfähigkeit Oesterreichs zufolge, soll die Interalliierte Kommission folgende Aufgaben erhalten:

1. Das Budget zu kontrollieren und die öffentlichen Finanzen zu sanieren. Ihre erste Sorge soll die sein, einen Reform- und Ersparnisplan in der Verwaltung zu verwirklichen. Sie soll sich namentlich bemühen, eine Verringerung der zahlreichen Beamten zu erzielen. Ihr würde auch die Ueberwachung der Ausgabe von Banknoten zufallen, die nur dann stattfinden könne, wenn die Kommission es gestattet, und zwar in gewissen Grenzen.

2. Unter ihrer Ueberwachung durch eine Gesellschaft von Industriellen, Kaufleuten und Banken die öffentlichen Einkünfte zu bewirtschaften. Die Gesellschaft könne mit einem Kapital von 200 Millionen Franken gegründet werden. Davon würden 120 Millionen in vier gleichen Teilen durch die Industriellen und Bankiers Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas gezeichnet werden, 80 Millionen würden unter die Neutralen und die österreichischen Nachfolgestaaten verteilt.

Im Falle die österreichischen Banken und Industriellen den Wunsch haben, sich an der Kapitalisierung zu beteiligen, könnten 50 Millionen für sie reserviert werden, was das Kapital der Gesellschaft auf 250 Millionen erhöhen würde. Die Zusammensetzung dieser Gesellschaft könne im Februar 1921 erfolgen. Die Finanzgruppen eines jeden Landes könnten dann in Paris vor dem 10. Februar zusammenberufen werden.

Ganz abgesehen von der frivolen Offenherzigkeit, mit welcher hier Oesterreich zur Ententekolonie erklärt werden soll (in Wahrheit ist es längst eine solche, sein Wirtschaftssystem ist vollkommen unter die Kontrolle des Ententefinanzkapitals geraten, seine politischen Führer als Regierung sind immer nur Vogteien des Obersten Rates), ist diese Hilfe auch für kapitalistische Begriffe völlig unzureichend und außerstande, den Zusammenbruch in Oesterreich aufzuhalten. Es genügt, daran zu erinnern, daß das Defizit eines Jahres 30 Milliarden Kronen beträgt in Oesterreich, und hier eine Kettungsgesellschaft etabliert werden soll, die bestenfalls ein Drittel dieses Betrages als Stammkapital zur Verfügung halten wird, nämlich ungefähr 10 Milliarden Grundkapital. Da müssen aber schon England, Frankreich, Italien, Amerika, alle Nationalstaaten und die österreichischen Bankrotteure selber mithelfen. Diese französischen Bourgeoisie-Politiker sind nicht imstande, ihre eigenen primitivsten Existenzgrundlagen zu schaffen.

Aus der Internationale

Die Italienische Kommunistische Partei an die italienischen Arbeiter

„L'Ordino Nuovo", die neue Zeitung der italienischen Partei, veröffentlicht einen Aufruf des Parteivorstandes, in dem die Gründe der Spaltung in Livorno dargelegt und die Politik, die die Kommunistische Partei vorhat, besprochen wird. Wir entnehmen diesem Aufruf folgendes:

Der Maximalismus der Italienischen Sozialistischen Partei hat nur zu einer Reihe von Mißerfolgen und Enttäuschungen geführt, und die Rechte der Partei, auf die Pflicht, den von der Mehrheit aufgestellten Richtlinien mit Disziplin zu folgen, pfeifend, hat sich dieser Mißerfolge und Enttäuschungen nur bedient, um die maximalistische Methode lächerlich zu machen.

Um das alles zu vermeiden, gibt es nur ein einziges Mittel: Aus der Partei die Reformisten auszuschließen, die sich von ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das Kommunistische Programm leiten lassen, und sie vor dem gesamten italienischen Proletariat als Gegner der Revolution und der 3. Internationale bloßzustellen, als italienisches Gegenstück der russischen Menschewisten und der anderen ausländischen Gegenrevolutionäre.

Das ist in Italien immer wieder von den Elementen der Linken in der Partei betont worden, die sich auf dem Gebiet des Gedankens und der kommunistischen Methode immer besser organisierten und den Kampf aufnahmen gegen die gefährliche Tendenz, die die Partei genommen hatte.

Dieses Urteil über die innere Situation in Italien ist auch durch die Beschlüsse des Moskauer Kongresses bestätigt worden, die die Forderung erhoben, daß die italienische Partei sich von den Reformisten befreien und, wie im Programm, so auch in der Taktik, in der Aktion und dem Namen nach eine wirkliche Kommunistische Partei werden müsse. Indessen hatten sich aber die italienischen Reformisten, durch die Mißerfolge des Maximalismus, der in Bologna offenbar triumphierte, immer übermütiger gemacht auf ihrem Kongreß in Reggio Emilia im Oktober 1920, als Fraktion der „Sozialistischen Konzentration" organisiert.

Alle italienischen Kommunisten, die, unbeschadet gewisser Verschiedenheiten der taktischen Einstellungen, die internationale Disziplin gegenüber den Moskauer Beschlüssen annahmen, konstituierten sich daher ebenfalls als Fraktion und beschlossen auf ihrer Zusammenkunft vom 28./29. 11. 1920 in Imola, dem Kongreß der Partei eine Resolution vorzuschlagen, die, abgesehen von der verlangten Anwendung aller anderen Beschlüsse des Moskauer Kongresses, festsetzte, daß die Partei sich Kommunistische Partei zu nennen hätte und die ganze Fraktion der „Konzentration" auszuschließen sei.

Das oberste Organ der Kommunistischen Internationale, das Moskauer Exekutivkomitee, billigte und unterstützte diesen Vorschlag.

Indessen organisierte sich in den Reihen der Partei von seiten jener, die sich so rasch als Maximalisten proklamiert und ihre Anhängerschaft an Moskau erklärt hatten, als es sich darum handelte, in den Wahlen zum Triumph zu schreiten, eine „unitarische" Strömung, die dahin führte, daß sich eine Fraktion des Zentrums bildete, die sich der Spaltung zwischen Kommunisten und Reformisten widersetzte.

Die Führer dieser Richtung nannten sich Kommunisten, aber heute, wo sie durch ihre Taten bewiesen haben, daß sie mehr zu den Reformisten und Gegenrevolutionären vom Schlage der Turati und d'Aragona als zu den Kommunisten und zur Dritten Internationale halten, ist es ganz offenbar geworden, daß sie die schlimmste Sorte von Opportunisten sind. In der Tat haben diese Leute, geführt von Serrati, neulich auf dem Kongreß von Livorno die klaren Anordnungen des Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zurückgewiesen, indem sie die Mehrheit des Kongresses zu dem Beschluß hinrissen, daß die Reformisten ohne jede Ausnahme in der Partei zu verbleiben hätten.

Diese unqualifizierbare Tat — gewollt von einer Handvoll Führern, die mit Erfolg auf die Unerfahrenheit der Mitgliedermassen spekuliert hatten — hat zu der logischen Konsequenz geführt: dem Ausschluß der Italienischen Sozialistischen Partei aus der Kommunistischen Internationale.

Angesichts dieser Situation hat die Kommunistische Fraktion ohne weiteres den Parteikongreß verlassen und beschlossen, sich als Kommunistische Partei Italiens, Sektion der Kommunistischen Internationale, zu konstituieren.

So haben die vorgeblichen „Kommunisten" der unitarischen Serratianischen Fraktion, um mit den 15 000 Reformisten der extremen Rechten zusammenzubleiben, sich von der Kommunistischen Internationale, d. h. vom revolutionären Weltproletariat, und von den 60 000 in der Partei eingeschriebenen Kommunisten losgelöst, mit denen die ganze Jugendbewegung solidarisch ist, die mehr als 50 000 eingeschriebene Mitglieder umfaßt.

An euch, Arbeiter, ist es, das Urteil über die Haltung jener Leute zu fällen, an euch, zu sagen, wie weit sie Kommunisten sind, wie ihnen das Schicksal der proletarischen Revolution am Herzen liegt!

•

Die Zentristen zur Parteispaltung

Milano, 2. Februar 1921

Die neue Parteileitung der sozialistischen Partei wendet sich in einem Aufruf an die italienische Arbeiterschaft, in dem die Gründe der Parteispaltung als „nebensächlicher" und „zufälliger" Natur dargestellt werden. (Die Parteileitung hält die Ausschließung der italienischen Sozialpatrioten für eine Nebensache!) Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die 3. Internationale die Stellungnahme der Partei später gutheißen und die Partei nicht ausschließen werde.

Wirtschaftliche Uebersicht

Deutsche Gegenvorschläge für die Kohlenlieferungen

Das Spa-Abkommen ist abgelaufen. Der Staatssekretär Bergmann hat für die Erneuerung des Abkommens, soweit es die Kohlenlieferungen betrifft, in Paris eine Denkschrift überreicht. Darin stellt er fest, daß die Förderung von Steinkohlen zwar an sich von 10 117 000 im Mai 1920 auf 11 947 000 im November, und für Braunkohlen von 8 630 000 auf 9 834 000 gestiegen sei. Das sei aber lediglich auf das Ueberschichtenabkommen zurückzuführen. Pro Kopf und Schicht sei die Förderung von 0,131 Tonnen im Juli 1919 auf 0,112 Tonnen im Oktober 1920 gefallen. Er weist ferner auf den Rückgang der Kohlenbestände bei den Eisenbahnen und den Großberliner Gasanstalten und Elektrizitätswerken und anderer Großstädte hin. Auch die Vorräte für Hausbrand seien stark zurückgeschraubt worden; infolge Mangels an Braunkohle müßten zahlreiche Fischdampfer ausliegen. Frankreich sei hinreichend mit Kohle gedeckt, Deutschland dagegen sei gezwungen gewesen, mit den Lieferungen gemäß dem Abkommen von Spa im Rückstand zu bleiben. Die Denkschrift macht den Vorschlag, ein neues Abkommen für 5 Monate zu treffen, nach dem Deutschland sich zur Lieferung von 72 000 Tonnen pro Arbeitstag, gleich 1 800 000 Tonnen im Monat, verpflichtet. Das bedeutet also eine Herabsetzung der bisherigen Pflichtlieferung um monatlich 0,2 Millionen Tonnen. Wird in der Denkschrift auf der einen Seite eine Herabsetzung der Leistungen Deutschlands vorgeschlagen, so auf der anderen Seite eine Steigerung der Leistungen der Entente. Es wird in dem Vorschlag nicht nur die Fünfgoldmarkprämie beibehalten, sondern, und das ist wohl der Kern der in der Denkschrift enthaltenen Vorschläge, eine Barentschädigung über die Goldmarkprämie hinaus gefordert, um den Unterschied zwischen Inlands- und Weltmarktspreisen auszugleichen. Ferner wird das von der Reparationskommission vorgeschlagene System der Bußen und Prämien bei Leistungsverzug als unmöglich bezeichnet, und als ebenso unmöglich auf der anderen Seite die Nachlieferung der in den letzten Monaten entstandenen Rückstände.

Den Angaben der Denkschrift gegenüber muß festgestellt werden, daß nach den amtlichen Mitteilungen sich auf den Halden der rheinisch-westfälischen Gruben etwa 900 000 Tonnen Kohle angesammelt haben. Die Aufstapelung von Kohle wird auf das Fehlen von Transportmitteln zurückgeführt. Das berührt sehr merkwürdig, weil bei dem Stocken der Produktion ein beträchtliches Nachlassen des Güterverkehrs stattfindet. In Berlin hat sich bereits auf den Güterbahnhöfen eine große Menge von leerstehenden Waggons angesammelt. Ebenso merkwürdig ist es, daß bei den Industrien, die weniger unter der Absatzkrise zu leiden haben — das betrifft vor allem die Luxusindustrie — keine Klagen über fehlende Transportmittel zu hören sind. Sicher ist jedenfalls, daß in der Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks der Güterverkehr auf den Moselbahnen etwa dreimal so stark war, als vorher. Die Bergwerksunternehmer wissen sich also zu helfen, wenn es sich darum handelt, eine gute Konjunktur mit steigenden Preisen auszunützen.

Es ist also anzunehmen, daß der Kohlenmangel nicht so dringend ist, wie ihn die Denkschrift schildert, und daß die deutschen Bergwerksunternehmer heute ebenso imstande wären, 2 Millionen Tonnen zu liefern, wie sie vorher über die pflichtgemäßen 2 Millionen Tonnen hinaus geliefert haben. Die Forderung der Herabsetzung der Kohlenmenge ist also offenbar nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Der Hinweis auf die pro Kopf und Schicht gesunkene Förderleistung in Verbindung mit der geforderten Barentschädigung für die Differenz zwischen Inlandpreis und Weltmarktpreis zeigt deutlich, wo die wirklichen Schmerzen der Bergwerksunternehmer und der als ihr Instrument funktionierenden deutschen Regierung sitzen. Wie jeder gerissene Händler, bietet die kapitalistische deutsche Regierung weniger, als sie zahlen will und läßt gleichzeitig durchblicken, bei welcher ihrer Forderungen sie bereit ist, sich etwas abhandeln zu lassen, wenn man ihr in anderen Punkten nachgibt. Ist ihr erst mal die Goldmarkprämie und der Weltmarktpreis bewilligt, so wird sie über die Höhe der Kohlenlieferungen mit sich reden lassen. Es ist nicht leicht für die Bergwerksunternehmer, den Bergarbeitern die Notwendigkeit einer Erhöhung der Inlandpreise für Kohlen begreiflich zu machen, wenn die Weltmarktpreise sinken. Wenn aber die Bergwerksunternehmer durch Steigerung der Preise für die Lieferungen an die Entente schadlos gehalten werden, so scheren sie sich den Teufel um den Rückgang der Produktion durch Kohlenmangel und die schlechte Versorgung der arbeitenden Massen mit Brennstoffen. Sie werden dann auch bereit sein, den Bergarbeitern mit einem kleinen Teil der Goldmarkprämie ein wenig Speck zukommen zu lassen, um sie aus der Gesamtfront des Proletariats herauszulösen, das alsdann die steigenden Profite der Bergwerksunternehmer durch steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Verelendung bezahlen muß.

Der Kampf um die Herabsetzung der Löhne in England

(Mosta Wien.) **London, 31. Januar.**

In Birmingham und Wolverhampton ist unter den Maschinenbauarbeitern und den Arbeitgebern ein Kampf um die Herabsetzung oder Beibehaltung der Löhne ausgebrochen. Obzwar sich die Arbeitgeber Ende des letzten Jahres verpflichteten, nur auf Grund vorheriger gemeinsamer, auf rationeller Basis geführter Verhandlungen Lohnherabsetzungen vorzuschlagen, haben die Arbeitgeber in Birmingham und Wolverhampton dem Verband der Arbeiterinnen und anderen Arbeiterorganisationen bevorstehende Lohnreduktionen angekündigt. Die Arbeiterinnen protestieren energisch dagegen, daß man sie als Versuchsobjekte der kapitalistischen Offensive gebraucht, und sind mit der Gesamtarbeiterschaft im Kampf gegen die Ausbeutung solidarisch.

Gewerkschaftliches

Die Danziger Eisenbahner gegen die reformistischen Gewerkschaftszersplitterer

Die Danziger Eisenbahner haben sich auf ihrer Generalversammlung vom 1. Februar mit dem schädlichen Treiben ihres Hauptvorstands und der Notwendigkeit, die proletarische Einheitsfront herzustellen, beschäftigt und gegen sechs Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die am 1. Februar 1921 tagende Generalversammlung der Ortsverwaltung Danzig des Deutschen Eisenbahnerverbands hat Kenntnis erhalten von dem Vorhaben des Hauptvorstands, der alle tätigen Kommunisten aus dem Verband ausschließen will. Die Versammlung weist diese terroristische Diktatur und die Gewaltmaßnahmen des Vorstands entschieden zurück, weil sie unbedingt zur Spaltung der Gewerkschaften führen.

Die Kommunisten wollen diese Spaltung nicht, das geht aus ihrem Programm und aus ihrer praktischen Tätigkeit hervor. Daß die Kommunisten einsehen, daß gerade in der Jetztzeit, wo die konterrevolutionäre Gefahr immer größer wird, eine einheitliche Front des Proletariats geboten ist, beweist der Offene Brief der V.K.P.D. an alle Gewerkschaften und Parteien.

Die Versammlung stellt fest, daß dieser Offene Brief nur solche Forderungen enthält, die jeder ehrliche revolutionäre Arbeiter unterschreiben kann. Dadurch ist der Boden für eine geschlossene Bewegung des Proletariats geschaffen.

Die Versammlung nimmt den Offenen Brief sowohl als auch die bekannten Stuttgarter Forderungen auf und fordert von der Ortsverwaltung, den Hauptvorstand zur Vertretung dieser Forderungen beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu beauftragen."

Die Neuwahlen bewiesen, daß unsere Genossen das volle Vertrauen ihrer Kollegen besitzen. Außer den beiden Vorsitzenden und zwei Kartellbelegierten gehören sämtliche Gewählten der V.K.P.D. an.

Der Wohlfahrtsminister gegen die preußischen Krankenkassenangestellten

Aufhebung des freien Angestelltenverhältnisses

Der preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald holt zu einem Schlage gegen sämtliche preußische Krankenkassenangestellten aus. Er hat an die Oberversicherungsämter eine Verfügung erlassen, die eine wesentliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Krankenkassenangestellten Preußens vorsieht und eine Wiederholung der reaktionären Treibereien gegen diese anläßlich der Schaffung der Reichsversicherungsordnung 1914 ist. Die Verfügung soll ab 24. März 1921 in Kraft treten und besagt, daß die preußischen Kassenangestellten in die Beamtenbesoldungsordnung eingefügt werden. Die Bezüge der Angestellten, ganz besonders die Teuerungszulagen, würden in Verfolg dessen wesentlich gekürzt werden; denn das zur Beamtenbesoldungsreform geschaffene Sperrgesetz hebt alle Bezüge von Staats- und Gemeindebeamten, die über die Besoldungsordnung hinausgehen, auf. Die Verfügung entbehrt jeder rechtlichen Grundlage, denn in dem Sperrgesetz ist nur die Rede von hauptamtlich beschäftigten Beamten und Lehrern. Die nach Beendigung des Krieges geänderte Reichsversicherungsordnung spricht ausdrücklich von Krankenkassenbeamten und -angestellten, die der Dienstordnung der Reichsversicherungsordnung unterstehen.

Der Zentralverband der Angestellten hat bereits Gegenmaßnahmen ergriffen. Er fordert unser Hinweis auf die möglichen Folgen bei Inkrafttreten der Verfügung ihre sofortige Aufhebung und ersucht seine preußischen Mitglieder, sofort in Versammlungen Stellung zu nehmen.

•

Eine stark besuchte Versammlung sämtlicher Krankenkassenangestellten Großberlins nahm gestern in Kellers Festsälen zu der geschaffenen Situation Stellung. Leßler vom Z. d. A. referierte. Die Verfügung sei ein Schlag ins Gesicht der Kassenangestellten. Diese stehen in einem Kampf um die Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Bezüge, sind von der allgemeinen Not ebenfalls schwer betroffen, und nun will man sie zurückschrauben in noch schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es handelt sich hier nur um eine Neuauflage der reaktionären Treibereien, wie wir sie schon einmal in großem Umfang zu verzeichnen hatten anläßlich des Vorgehens gegen die sogenannten „sozialistischen Agitationsherde", wie man die Krankenkassen bezeichnete. Neben der wesentlichen Kürzung unserer Teuerungszulage wird das Recht der Selbstverwaltung der Krankenkassen beschnitten. Eine Anzahl Krankenkassenvorstände hat bereits gegen diese Verfügung protestiert. Wir wollen nicht Staatsbeamte mit Hungergehältern werden, wir wollen freie Angestellte bleiben. Gegen dieses Attentat müssen wir fest und geschlossen stehen, wenn es sein muß, in ganz Preußen aus den Betrieben gehen, bis diese Verfügung am Boden liegt. In der Diskussion wendet sich Denger gegen einen Redner, der jede Politik aus den Gewerkschaften ausgeschaltet wissen will. Was hier der Wohlfahrtsminister tut, sind politische Maßnahmen gegen uns. Ihr habt hier einen praktischen Beweis, wie die Gewerkschaften auch zu politischen Dingen Stellung nehmen müssen. Zur Abwehr dieses Anschlages brauchen wir die einige Front aller Angestellten, auch die B.O. (diese ist in einigen Krankenkassen schwach vertreten) hat in dieser Front zu stehen."

Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion einstimmig eine Resolution an, in der u. a. gefordert wird, daß die Besoldung wie bisher in freier Vereinbarung mit den Kassenorganen tariflich zu regeln ist und in der die Maßnahmen der Regierung energisch zurückgewiesen werden. Sollte das Wohlfahrtsministerium diese Verfügung nicht zurückziehen, so ist die Kollegenschaft entschlossen, mit allen, auch mit den schärfsten Kampfmitteln die Zurücknahme der Verfügung zu erzwingen.

Peter Kropotkin

Von Su Märten

Die Nachricht vom Tode Kropotkins, der 1840 geboren ist, wird jetzt zwar dementiert, aber wenn er wirklich noch leben sollte, wäre das ein Grund mehr, seiner zu gedenken. Die Huldigung vor dem Toten würde dann zur Huldigung für den Lebenden. Red.

Wenn im Pantheon der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung einst die Intensität der Kämpfer und Denker des Proletariats als Maßstab einer überragenden vorbildlichen menschlichen Natur und Energie gelten wird, dann wird Peter Kropotkin, der Denker und Kämpfer, nicht nur des russischen, sondern des Weltproletariats dort seinen Platz finden. Es wird einmal nicht gelten, zu welcher Richtung und Partei innerhalb des Proletariats ein Revolutionär seiner Zeit zugehörig war, sondern inwiefern er, innerhalb dieser, sein Verhältnis zum Zentral- und Herzpunkt alles revolutionären Wollens gefunden und bekundet habe. Das heißt: Nicht das wird als unvergeßlich, vorbildlich und darum im tiefsten Sinne produktiv und erzieherisch gelten, was einmal durch die revolutionäre Hochflut einer Notwendigkeit auf die Oberfläche der Geschehnisse und damit vielfach der Bedeutsamkeit getrieben wurde, nicht alle die, welche die Ideale einer Weltanschauung verteidigen, solange sie verhängnislos waren, nicht die, welche auf einer erreichten revolutionären Position verharrten, sondern die, die stets die äußerste, das heißt eigentlichste Bewegungsvollendung der Revolutionen begriffen und weiterführend verteidigten. Ist es nicht eine großartige und rührende Ehrung, wenn schon heute russische Proletarier zum Jahrestag ihrer Revolution die Namen der extremsten Naturen aus dem kämpfenden Reich der Geister — aus bürgerlichen Revolutionen, mit dem Blut des Proletariats ermöglicht, aus Kunst- und Tatbezirken — auf ihre Wände schreiben, sofern nur die ehrliche Glut dieser Naturen durch die Geschichte ihren Schein behielt, und so ist zu erwarten, daß, je mehr das Proletariat unmittelbar, selbsteigen und selbständig zu den Denkwerken seiner Vorkämpfer einst gelangen wird, es diese danach, und nicht nach der kritischen Einteilung der zeitlichen Kampfzonzeichen beurteilen wird. Peter Kropotkin ist einer derjenigen gewesen, die das Recht, die Notwendigkeit und den geschichtlichen Willen zur Macht der tiefstgeseffelten Klassen in seiner ganzen Tiefe begriffen. Daß dieses Begreifen Mittel der Taktik verteidigte, die — wer kann es wissen — vielleicht erst eine fernere Entwicklung der proletarischen Klassengeschichte notwendig macht, oder die ein Irrtum sind, insofern sie überholt sind, spielt dabei keine Rolle: im Grunde des Willens und der Erkenntnis, auf der der Kampf des Proletariats basiert, ist er eins mit diesem, ist und war er allezeit einer seiner denkenden Vorposten, einer seiner reichsten und hartnäckigsten Verteidiger.

Schon heut und längst wäre es an der Zeit, daß das Proletariat die Arbeit Peter Kropotkins mehr und intensiver kennen lernen sollte; es scheint, daß die westeuropäischen Arbeiter mehr den Namen und den Ruhm Kropotkins, als seine Arbeit und sein Denken kennen. Es ist vor allem an seine Darstellung der großen französischen Revolution zu erinnern. Diese Arbeit, die er 1886 begann und 1909 beendigte, und die wir von Landauer in deutscher Uebersetzung besitzen, sie wollte gerade die unzähligen Lücken, die die (meist von Bürgerlichen dargestellte) Geschichte dieser Revolution aufwies, in einem Punkte ergänzen, der für die Arbeiter aller Länder wichtig war und bleibt; sie sollte den Anteil der Kämpfe des Proletariats, seiner damaligen reinsten Schichten — also die wirtschaftliche Seite der Revolution erhellen. Und sie hat dies im weiten Maße getan. Man wird einwenden, und man hat es von intellektueller Seite der Sozialisten öfter getan: diese Darstellung arbeitet nicht mit den bekannten marxistischen Formeln, unter welchen Engels und Marx die Klassenkämpfe von 1789 so scharf und prägnant bewußt machten. Das ist richtig, insofern Kropotkin mit eigenen Formeln arbeitet, die aber gerade in ihrer umschreibenden und ungemein einfachen Art jene glänzenden Charakteristiken erst verständlich machen und ergänzen für den, der diese, obendrein bei einem so komplizierten und verwirrenden Stoff, wie der großen französischen Revolution, braucht, das heißt für die Arbeiter in ihrer großen Masse. Denn im Resultat, in der Erklärung der Erscheinungen, in der Anzuwendung der damit gewonnenen Lehren, widerspricht Kropotkins Darstellung in keinem wesentlichen Punkte der uns von Marx überlieferten. Das wesentliche auch der Kropotkinschen Arbeit ist, auf die noch verschleierten, aber tief wirkenden Klassengegensätze und -Interessen hinzuweisen, die die sonderbaren, tragischen und — was das Ziel der revolutionären Forderungen schon damals betraf — negativen Ergebnisse der französischen Revolution erklären. Kropotkin machte sich zur Aufgabe, die verschiedenen und widerstreitenden Strömungen des Denkens und Handelns jener Zeit (Bürgertum, Adel, Proletariat, Bauern) darzustellen, die mit dem Wesen der Menschennatur — das ist in seiner Darstellung immer die Klassennatur — so innig zusammenhängen; weil er glaubt, daß, da sie in den geschichtlichen Ereignissen der Zukunft notwendig wieder anzutreffen sein werden, sie sich dem Geiste des Lesers so besser einprägen werden, und daß eine Lehre und Taktik, ein Bewußtsein bestimmter Art daraus zu ziehen sein wird. Damit verteidigt er die Umständlichkeit seiner Darstellung, d. h. die Wiederholung bestimmter Tatsachen. Der Schwerpunkt liegt trotzalledem immer auf der Darstellung der Aktion des, eigentlichen Proletariats, der Männer und Frauen der Straße, der bewußten, weitblickenden Aktionen und Gedanken dieser proletarischen Revolutionsträger und unbekannten Führer. In diesem Zusammenhang hebt er die embryonalen theoretischen Prinzipien dieser Gruppen hervor, erweist sie an Dokumenten und weist so gleichsam das natürliche Herauswachsen des kommunistischen Gedankens, wie er ein halbes Jahrhundert später durch Marx begründet wurde, aus dem Geist der Massen nach. Das ist keine Ketzerei, denn welche Theorie besäße oder umschlösse die Vitalität einer Klasse, die nicht aus der nackten, unerbittlich praktischen Praxis einer Klasse gewonnen wäre! Und welche größere Lehrmeisterin für seine Wissenschaft vom Klassenkampf hatte Marx selbst, als die Tatsachen der französischen Revolution? Die Hauptergebnisse ihres geschichtlichen Denkens sind bei Kropotkin und Marx die gleichen. Die neuere sozialistische historische Revolutionsforschung mag für Kropotkin durch Jaurès führend geworden sein, sicher aber ist ebenso, und es geht aus seinen Schriften hervor, daß er niemals ein einseitiger Ideologe der Revolution war, und daß es allein in seiner Gelehrtennatur begründet lag, allen Erscheinungen, soweit als möglich, Beachtung zuzuwenden. Geist und Temperament aller seiner Schriften charakterisieren ihn als einen Menschen, als einen Gelehrten im tiefsten Sinne, der die Idee oder Ueberzeugung, die es zu verteidigen gilt, nicht nur aus den Tatsachen gewonnen hat, sondern auch in stiller Arbeit an den Tatsachen weiter erprobt, ihr ständig Kraft und Argument von daher zuführend. So ist auch seine Revolutionsgeschichte: sie ist objektive und gezügelte Erzählung, soweit solche Maße überhaupt einen Sinn haben können; unwiderlegliche historische Tatsachen sprechen, die von den bürgerlichen Historikern nicht geleugnet werden können, die nur von ihnen, ihrer Tendenz gemäß, nicht geschildert wurden, die aber gerade durch den Widerstand, den sie in der Revolution von Seiten der bürgerlichen Klassen erfuhren, ihre Wesentlichkeit erweisen, und ohne deren Eingeleitnisse der Verlauf und die politischen Komödien der Revolution unverständlich bleiben. Erst am Schlusse flammt die Glut, aus der alle Mühe solcher Arbeit ihre Nahrung zog, zu einem persönlichen revolutionären Bekenntnis für die Zukunft der unterdrückten Klassen und ihren Kampf auf.

Was die Revolutionsdarstellung Kropotkins gerade heute für die Arbeiter praktisch wichtig erscheinen läßt, ist u. a. die eingehende Darstellung der Organisation und Tätigkeit der revolutionären Kommunen, die ohne Zwang an die Rolle der Arbeiterräte in Rußland 1906 und die heutigen Sowjets denken lassen. Es ist ferner die Wirkung einer Darstellung, die uns in Deutschland in dieser relativen Vollständigkeit noch immer fehlt. Es ist der Umstand, daß man die revolutionäre Epoche jener Zeit in ihrem Zusammenhang, und besonders die proletarische Seite der Aktion, klarer werden sieht, nicht zuletzt dadurch, daß die heutigen Klassensituationen, mit allen damit zusammenhängenden politischen Hemmungen, Zickzackbewegungen, Bedrohungen usw. sich deutlicher empfinden lassen. Das allgemeine Bewußtsein über diese Dinge ist heute ohne Zweifel vorhanden, aber etwas anderes ist, es sich an der Hand gewisser geschichtlicher Tatsachen einzeln und an heutigen Einzelheiten klar zu machen. Aus diesem Grunde sollte Kropotkins Werk dringend gerade heute empfohlen sein. Es ist nicht leicht, diesen Ueberblick sofort, sei es auch nur auf die französischen Klassenkämpfe hin, zu gewinnen. Das liegt an der Materie, an ihrer Fülle und Schwierigkeit. Jedes Geschichtswerk will in Bezug auf die sichere Gedächtnisaufnahme mehr als einmal gelesen sein. Das Kropotkinsche Werk erscheint beim ersten Lesen an der Ueberfülle und der Wiederholung von Einzelheiten zu leiden. Beim wiederholten Lesen aber stellt sich die Wirkung, die er mit seiner Methode gewollt, ein. Das Gedächtnis faßt die Linien und die Tatsachen, die sie führen, und die betonte Einzelheit wird zu einer wichtigen Einheit gerade für das proletarische Wissenwollen.

(Schluß folgt.)

Die Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer nahm am Sonntag, den 30. Januar, Stellung zur Neuwahl der Branchenkommission. Der Branchenleiter, Genosse N. N., erklärt im Namen von 15 bisherigen Mitgliedern der Agitationskommission, daß sie Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei seien und nach den Grundsätzen der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften tätig sein werden, falls sie wieder gewählt würden. Sie betrachten ihre Tätigkeit als Kommunisten in den Gewerkschaften nicht als gewerkschaftszerstörende, sondern als eine Tätigkeit, die sämtliche Arbeiter zum revolutionären Kampf einigt.

Bei der Wahl wurden sämtliche 15 Genossen gegen vereinzelte Stimmen, teilweise einstimmig wiedergewählt; ebenso die bisherigen Branchenleiter, die ebenfalls unsere Genossen sind.

Die Branchenversammlung nahm Stellung gegen die Hetze, die zur Zeit gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften von den Gewerkschaftsvorständen geübt wird. Sie verurteilt diese Hetze und stellt sich auf den Standpunkt, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften das Recht besitzen, genau so nach ihren Grundsätzen ihre Tätigkeit einzurichten, wie das von seiten der S.P.D. und U.S.P.D. geschieht.

Die Kollegen der U.S.P.D. und S.P.D. machten nur ganz schwächliche Oppositionsversuche, sodaß die Versammlung mit einem vollen Erfolg unserer kommunistischen Genossen endete.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes fordert eine Mitgliederversammlung von Selb (Obf.) und nahm unter stürmischem Beifall eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Versammelten protestieren auf das Entschiedenste gegen den Ausschluß von Mitgliedern der V.K.P.D. aus unserem Verband. Eine solche Maßnahme, die nur von einseitigem Parteihaß diktiert sein kann, zeigt deutlich, in welchen Reihen die Gewerkschaftszertrümmerer stehen. Die Versammlung fordert deshalb vom Zentralvorstand, daß der Ausschluß der Kollegen Bachmann, Brandler und Heckert sofort rückgängig gemacht und in Zukunft solch provozierendes Verhalten unterlassen wird.

Außerdem nahm die Versammlung Stellung zu dem Offenen Brief der V.K.P.D., in welchem zum gemeinsamen Kampf aller sozialistischen Parteien, einschließlich der Gewerkschaften, gegen die wachsende Not und gegen die immer frecher werdende Reaktion aufgefordert wird. Die versammelten Bauarbeiter stehen auf der Aktionsgrundlage, welche im „Offenen Brief" vorgezeichnet ist und fordern den Hauptvorstand auf, in diesem Sinne beim A.D.G.B. zu wirken.

Weiter rufen wir alle Zweigvereine und Zahlstellen des Deutschen Bauarbeiterverbandes auf, ebenfalls dazu Stellung zu nehmen und die sofortige Einberufung des Verbandstages zu verlangen."

Gelehrige Schüler Dißmanns. Man schreibt uns: Arbeitslose Elektromonteure haben im Mai 1919 die Berliner Elektrikergenossenschaft gegründet, die heute noch besteht und angeblich auf sozialistischer Grundlage aufgebaut ist. Es muß nun auffallen, daß der Aufsichtsrat, an dessen Spitze J. Knaak steht, dem bisherigen kommunistischen Betriebsrat und Vertrauensmann Kindt der dort beschäftigten Kollegen mündlich und schriftlich nahelegte, freiwillig aus der Genossenschaft auszutreten, andernfalls, so ließ man durchblicken, werde er ausgeschlossen. Der Kollege Kindt hat die Konsequenzen gezogen und ist aus der Genossenschaft ausgetreten, was natürlich eine empfindliche materielle Schädigung für ihn bedeutet. Es ist zu bedauern, daß Genosse K. den Knaak und Genossen auf den Leim ging. Er hätte es darauf ankommen lassen sollen, dann wären die Leute gezwungen gewesen, vor allen Kollegen zu zeigen, daß sie einen oppositionellen Kollegen aus den gleichen Gründen aus der Genossenschaft hinausdrängen, aus denen die Dißmann, Paßplow und Genossen die Kommunisten aus den Gewerkschaften hinausdrängen wollen.

Verbindlichkeitserklärung des Apothekenarbeitertarifs. Zwischen dem Berliner Apothekerverein und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Großberlin, ist zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrage vom 13. September 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in den Apotheken beschäftigten Arbeiter, im Gebiet des ehemaligen Zweckverbandes Großberlin, am 18. November 1920 ein Nachtrag abgeschlossen worden. Dieser Nachtrag wird für den genannten Berufskreis und das bezeichnete Tarifgebiet mit Wirkung vom 1. August 1920, gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456), für allgemein verbindlich erklärt. — Der Reichsarbeitsminister.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

Sonntag, den 6. Februar

Möbeltransportarbeiter und Kladiereträger vormittag 9½ Uhr Vollversammlung, Vereins-Konzert-Säle, Kommandantenstr. 58—59.

Dienstag, den 8. Februar

„Age". Versammlung findet nicht am Montag, sondern am Dienstag, den 7. Februar vormittags 10 Uhr, Gewerkschaftshaus statt.

Betriebsrat.

Groß-Berlin

Aus der guten alten Zeit

Korruption unter der Fachleuteverwaltung

Von der bürgerlichen Presse wird in letzter Zeit alles getan, um die neue Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin in Mißkredit zu bringen. Wir sind gewiß die letzten, die für die sogenannte „sozialistische" Verwaltung Berlins eine Lanze brechen, da von einem sozialistischen Magistrat gar nicht die Rede sein kann. Nach wie vor sind die alten reaktionären Beamten in Amt und Würden und regieren in Berlin. Ihre Existenz ist durch die „sozialistische Mehrheit" nicht im geringsten angetastet, woran auch die Tatsache nichts ändert, daß hier und da an Stelle bürgerlicher Bürokraten einige Partei- und Gewerkschaftsbürokraten den Posten eines Stadtrats inne haben. Da aber die bürgerlichen Parteien bei alledem Loblieder auf die „gute alte Verwaltung" singen, halten wir es für notwendig, ab und zu einmal den werktätigen Massen zu zeigen, wie vorbildlich die „alte" Verwaltung in Berlin gearbeitet hat.

In den letzten Sitzungen des Ausschusses für Volksspeisung kamen erhebliche Unterschleife im Betrieb der Volksspeisung zur Sprache. Die Leiter der Volksspeisung, Inspektor Emden, Schlachtermeister Narisch, ein Herr Jenke u. a., arbeiteten seit Jahren Hand in Hand. Von jeder Wurst- und Fleischlieferung — und das waren nicht wenige — bekam Herr Jenke jedesmal sogenannte „Proben" im Gewicht von vier Pfund. Die Aktentasche des Herrn Inspektor Emden wanderte ein paarmal in der Woche leer in den Betrieb, um wohlgefüllt von dem schmunzelnden Besitzer wieder in Empfang genommen zu werden. Große Fleischschiebungen wurden durch falsche Buchungen gemacht. Gute Ware wurde als minderwertige eingetragen. Vom Tierarzt beanstandetes Fleisch wurde doppelt und dreifach gebucht und dafür das gute Fleisch verschoben. Der verantwortliche Schlachtermeister Narisch entschuldigte sich damit, daß er nie aufgefordert worden ist, Bestandsaufnahmen zu machen, woraus hervorgeht, daß die „vorbildliche alte" Verwaltung die Kontrolle ausgeübt hat.

Während die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hungerte und entbehrte, fanden bei Narisch und Emden große Gelage statt. Die dazu nötigen Fleisch- und Wurstmengen wurden von Narisch geliefert, der sie den Besuchern der Volksspeisekantsalten stahl. Bei Kognak und dicken Zigarren ließ man die „vorbildliche Verwaltung der Stadt Berlin hochleben".

Zum Transport der Waren aus der Zentrale in die einzelnen Kasten gebrauchte man Fuhrwerke einzelner Schlächter. Dabei wurde so großzügig verfahren, daß manchmal bis zu neun Fuhrwerken herumstanden, ohne daß für sie Beschäftigung vorhanden war. Die Kosten kamen natürlich auf den Etat für Volksspeisung, und die Folge dieser Sauwirtschaft war, daß die Preise für Essen in der Volksspeisung erhöht werden mußten.

Die ordnungsgemäße Lagerung der Lebensmittel und deren rechtzeitige Verwendung hat man so sachgemäß erledigt, daß große Mengen Lebensmittel verdorben sind. Große Mengen davon lagern noch jetzt, wir führen davon nur folgende an:

4	Millionen	Brühwürfel
18 000	Kilogramm	Bohnen
600	„	Margarine
6 800	„	Roggenmehl
800	„	Haferflocken
150	„	Rozgen
150	„	Weizen

Das ist nur ein Auszug der wichtigsten Lebensmittel aus der Unmenge für menschliche Ernährung nicht mehr geeigneter, verdorbener Nahrungsmittel, die in der Abteilung Volksspeisung zurzeit lagern.

Im übrigen nimmt die Untersuchung ihren Fortgang. Wir sind überzeugt, daß noch vieles andere zum Vorschein kommen wird.

Aber schon aus obigem ersieht das arbeitende Volk, wie es kam, daß der Preis für das Essen in der Volksspeisung immer höher und die Qualität immer schlechter wurde.

Das sind die Früchte der „alten vorbildlichen" Verwaltung, an deren Spitze sogenannte Fachleute standen. An diesem System wird auch nichts geändert werden, wenn an die Spitze andere Leute treten, sonst aber alles unverändert bleibt. Erst das siegreiche Proletariat wird hier Wandel schaffen, indem es mit dem bürokratischen Gerümpel aufräumt und durch die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft jeder Korruption den Boden entzieht.

Wo bleibt die Bestätigung für Paulsen?

Gesinnungsgenossen aller Parteigruppen, wenn irgendwann, so sollte ihr jetzt eure Solidarität unverzüglich beweisen. Die Regierung ist drauf und dran, durch eine Verzögerungstaktik die Bestätigung für Paulsen hinauszuschieben. Man hofft, nach dem 20. Februar ohne viel Umstände über den Vertrauensmann der Berliner Arbeiter zur Tagesordnung übergehen zu können. Auf dem Rathause schon begann offenbar die hämische Sabotage. Man hat sich nicht einmal um die Beschaffung der Personalien eures Oberstadtschulrats gekümmert! — Bedenkt, Genossen, daß der viel später gewählte Oberbürgermeister Boeß längst bestätigt ist! Aber Paulsen schweigt man sich seit Wochen aus!

Freie Lehrergewerkschaft Großberlin.

Wo gespart werden kann

Wenn die Kommunisten für die soziale Fürsorge Anträge einbringen, wenn die Erwerbslosenunterstützung erhöht werden soll, oder wenn die Arbeiter und Angestellten ein paar Pfennige Lohn mehr fordern, besonders immer wird die schlechte Finanzlage des Staates als Begründung der Ablehnung herangezogen. Immer heißt es, wir müssen sparen. Besonders die Sozialdemokratie ist eine eifrige Verfechterin des Sparsamkeitsprinzips. Anstatt aber vorbildlich voranzugehen beim Sparen, halten es die sozialdemokratischen Führer mit jenen Leuten, von denen Heine sagt, daß sie öffentlich Wasser predigen, heimlich aber Wein trinken. Wir teilten vor einiger Zeit von einem sozialdemokratischen Stadtrat in Berlin mit, daß er wohl die kommunistischen Erwerbslosenanträge aus Sparsamkeitsrücksichten ablehnte, sich aber selber auf der anderen Seite nicht scheute, zweimal Gehälter zu empfangen, und zwar einmal als Krankenkassenbeamter und außerdem noch als Stadtrat. — Dasselbe tut auch Herr Ministerpräsident Braun. Es wird mitgeteilt, daß er neben freier Wohnung ein Gehalt als Ministerpräsident bezieht in Höhe von 18 000 M. monatlich und außerdem noch in seiner Eigenschaft als preußischer Landwirtschaftsminister ein Monatsgehalt von 14 000 M. einsteckt. Daneben soll Herr Braun auch freie Jagdverfügung in Ostpreußen haben, wo er sich von Zeit zu Zeit von den Strapazen seiner Tätigkeit beim edlen Waidwerk erholt.

Man sieht, die Partei- und Gewerkschaftsbürokraten sind recht gelehrige Schüler der wilhelminischen Minister.

Zur einmaligen Einschulung hat die Freie Lehrergewerkschaft Groß-Berlins, bisher Verband der sozialistischen Lehrer Deutschlands, der sich auf der Reichstagung in Gotha, Ende Januar d. J., als Gewerkschaft konstituierte und sich dem Afa-Bund anschloß, folgende Resolution in der letzten Geschäftsführung angenommen und der Schuldeputation zur Beachtung weitergegeben:

„Die Freie Lehrergewerkschaft — Ortsgruppe Berlin — lehnt mit Entschiedenheit die Vorschläge von Stadtschulrat Dr. Fischer und Stadtschulinspektor Engel (enthalten in ihrer Schrift: Welche Maßnahmen sind nötig, um für die nächsten Jahre den durch starke Abnahme der Zahl der einzuschulenden Kinder gefährdeten Aufbau unserer Gemeindeschulen zu sichern?) ab.

Sie verlangt, daß die Frage der einmaligen Einschulung einheitlich für höhere und Gemeindeschulen in der Zentralschuldeputation von Berlin zur Beschlußfassung komme.

Die Freie Lehrergewerkschaft steht in der einmaligen Einschulung einen Vorzug unter der Voraussetzung, daß kein Schulraum freigegeben wird, keine Erhöhung der Klassenfrequenz stattfindet, das Schuljahr in 3 Tertiale eingeteilt wird, und die Ferien auf den Sommer zusammengeschoben werden."

Verzweiflungstat eines Wohnungslosen. Ein Arbeiter Willi St., der seit längerer Zeit wohnungslos mit seiner Familie auf der Straße lag, griff, da er vom Wohnungsamt im Stich gelassen wurde, zur Selbsthilfe. Er hatte erfahren, daß einem Kaufmann eine Wohnung in dem Hause Weberstr. 89 vom Wohnungsamt zugewiesen war. Darauf entschloß er sich, an Stelle des Kaufmanns in diese Wohnung einzuziehen. Mit einem Dietrich öffnete er die Wohnungstür und zog dann mit seinen Möbeln und seinem Hausrat um. Von innen ließ der „wilde Mieter" ein neues Schubschloß anlegen, damit der legitime Mieter mit seinem Schlüssel die Wohnung nicht betreten konnte. Die „Zwangseinquartierung" erregte in dem betreffenden Hause großes Aufsehen, da der Hausverwalter gegen den eigentümlichen Mieter protestierte, und die Frau des rechtmäßigen Mieters in die Wohnung einziehen wollte. Als Vorstellungen der Frau und des Hausverwalters, die Wohnung zu räumen, erfolglos blieben, begaben sich diese zur Polizei, die den Arbeiter zwang, die Wohnung zu räumen. Die Folge der Selbsthilfe ist ein Strafverfahren gegen den Arbeiter wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Für solche Verzweiflungstat eines Wohnungslosen gibt es im kapitalistischen Staat selbstverständlich nur das Strafgesetzbuch. Magistrat wie Regierung werden über den Fall ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über die Tatsache, daß Hunderttausende Arbeiterfamilien entweder keine Wohnung besitzen, oder in elenden Schwindschtsöhlen bei Hunger und Kälte ihr Dasein fristen müssen, während die Bonzegoste ungestört und unbelästigt in eleganten Luxuswohnungen bei den aus Arbeiterschweiß erpreßten Millionen schlemmt und prasst.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband (A.-W.-V.) beabsichtigt auf seinem Ostern 1921 in Jena stattfindenden Verbandstage eine Form zu finden, die es ermöglicht, eine lose Organisation des gesamten Wassersports herbeizuführen, ohne daß die einzelnen Sportzweige (Schwimmen, Rudern, Segeln, Angeln usw.) in ihrer technischen Eigenart beschränkt oder durch besondere Beiträge belastet werden. Der A.-W.-V. lodet zu diesem Zwecke alle auf sozialistischem Boden stehenden Wassersportvereine obiger Art zur Teilnahme an seinem Verbandstage ein und sendet die hierzu erforderlichen Ausweise nach Anmeldung bei der Geschäftsstelle, Neukölln, Hermannstr. 176, zu.

Kleine Lokalnotizen

Brikettpreiserhöhung. Der Magistrat teilt mit: Infolge Preiserhöhungen der Produktion für Braunkohlenbriketts sind die Braunkohlenpreise für die Stadtgemeinde Berlin um 90 Pfg. bei Selbstabholung ab Lager auf 15,10 M. je Zentner, bei Lieferung frei Erdgeschoß oder Keller auf 16,10 M. je Zentner mit Wirkung vom 3. Februar ab erhöht worden.

Wegen Raubmordversuchs wurde der Knecht Otto Göbermann aus Berlin verhaftet. Dieser hatte bei dem Hofbesitzer Straßburg in Hohenschönhausen dessen Frau niederzuschlagen versucht. Bei dem Verhafteten wurden 560 M. bares Geld und mehrere Sparkassenbücher, die er vor seiner Flucht mitgenommen hatte, vorgefunden.

Gefangenenexzesse im Brandenburger Zuchthaus. Aus dem gemeinschaftlichen Arbeitsraum des Zuchthauses in Brandenburg sind am Donnerstag 6 Häftlinge nach Durchfägung der Eisenstäbe an den Fenstern entflohen. Durch die Sträflingskleider leicht kenntlich, wurden 5 Flüchtlinge alsbald wieder zurückgebracht. Dem sechsten Gefangenen gelang es, sich erfolgreich verborgen zu halten.

Versammlungskalender

Sonnabend, den 5. Februar

15. Bezirk, Treptow. Die Genossen müssen sich heute Abend bei Wehle, Niederschöneweide, Berlinerstr. 110, Material für die Landagitation abholen.

Montag, den 7. Februar

17. Bezirk, Lichtenberg, Friedrichsfelde usw. Abends 7 Uhr im Rathause Möllendorfstr. 6, Zimmer 35. Sitzung der Fraktion und der Kontrollkommission.

Gelesene Nummern der „Roten Fahne"

wirft man nicht fort, sondern gibt diese im Hause oder an der Arbeitsstätte weiter. Auch unsere Landagitatoren benötigen dringend Propagandanummern der „Roten Fahne" und ersuchen um Ablieferung in den Bezirkslokalen, an die Bezirksführer usw.

Alle Genossen, welche beim Verlag Anträge auf Gewährung von Freiexemplaren stellen, wollen beachten, daß der § 8 der Bekanntmachung über Druckpapier vom 20. Juni 1916 noch Geltung hat, welcher die Verteilung von Freiexemplaren durch den Verlag selbst verbietet. Andererseits ist das Papierkontingent für die „Rote Fahne" äußerst knapp bemessen.

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Schäfer, Berlin-Steglitz. Für den Anzeigenteil: Richard Nowakowski, Berlin-Pankow. Verlag: „Die Rote Fahne", Berlin S 14. Stadtschreiberstr. 34/35. Buchdruckerei: „Die Rote Fahne", Alte Jakobstraße 48.

Ausgabe- und Inseraten-Annahme-Stellen der „Roten Fahne"

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) A.-G.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 56/6, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 3—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstr. 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts parterre. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Marktstr. 55, Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. — Kopernikusstr. 23. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Paul Gurth, Kurfürstenstr. 19a, Laden.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Weißstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Stargarder Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Spethmann, Blömarckstr. 4.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgenthal, Zeyernick, Schönbrücke, Karow und Buch: Heinrich Böse, Bernau, Mühlenstr. 6
Biesdorf: W. Donnenberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies"
Buchholz: Blankenburg: W. Palora, Buchholz, Bahnhofstraße 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg II: E. Girzig, Leibnizstr. 72
Charlottenburg III: Zaunsgegner Str. 14
Charlottenburg IIIa: Albert Boach, Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Str. 10.
Dagersdorf: Schönberg, Landsberger Str. 10
Eichwalde, Schmöckwitz: Schröder, Bahnhofstr. 28.
Erkner: Albert Bernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kretzke, Walstr. 18.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rümmelsburgerstraße.
Friedrichsfelde-Ost, Karlshorst: Uffenwasser, Petersdagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Herzfelde: Martin Smollowitz.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Blömarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hendlstr. 29, vorn parterre.
Konkordorf: W. Scholz, Giesestr. 30.
Königs-Wusterhausen, Niederschönow: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Weitzenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 155 (Laden).
Lichtenrade: Max Seltzmann, Siedlung, Heimweg 8.
Lichtenrade-Ost, Lankwitz: J. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Schaedel, Köhlerstr. 41.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lenkestr. 33.
Mahlsdorf: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Marienfelde: August Seip, Chausseestr. 23.
Marienfelde: Arndt, Berliner Str. 32.
Neuenhagen: Wenzke, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28-29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Harrramp, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schliebener Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Kronberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Straßunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 8.
Pankow: Fitzmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich, Schockstr. 23.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Bahle, Provinzstr. 55 (Laden).
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Straße 34.
Schmargendorf: Neheb, Breite Str. 8.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 22a.
Spandau: Preuß, Wasserstr. 5.
Stralau: Gebrüder, Halbstr. 34.
Strelitz: Gebrüder, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waldmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Hohenneuendorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 5—8 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 8.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Treptow: Grämes, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Wilhelmhagen: Berliner Allee 54.
Wildau-Hohenleitzmer: Aug. Pettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Wollersdorf: Schurbaum, Eichendamm 12.
Zehlendorf, Schlachtensee, Wilhelmsee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 12.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Bestellschein

Ich abonniere ab 1. Februar 1921 die „Rote Fahne" in Großberlin täglich frei ins Haus für 10 Mark, als Monats-Abonnement für Februar.

Name: .....

Wohnung: .....

.....

..... Straße Nr. .....

bei .....

vorn ..... Hof — Quergeb. — Seitenflügel.

..... Treppen links — rechts.